AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 34

FREITAG, DEN 4. MAI

2012

Inhalt:

	Seite		Seite
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	757	Änderung des Aufstellungsbeschlusses für den Bauungsplan Rissen 44/Sülldorf 18/Iserbrook 26	758
Planfeststellungsverfahren	757	Änderung der Beitragsordnung der Studierendenschaft der Universität Hamburg vom 5. Juli 2007	758
		Wahlordnung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg	758

BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Umweltschutz, Wasserwirtschaft (Wasserbehörde), eine Wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) für das Entnehmen von Grundwasser beantragt. Zur Herstellung der beiden Untergeschosse eines Bürogebäudeneubaus am Überseering 8 im Trockenem soll das innerhalb der Baugrube anstehende Grundwasser für eine Dauer von acht Monaten mit Hilfe horizontal eingefräster, vakuumbeaufschlagter Drainagestränge in einer Menge von maximal 120 m³/h zutage gefördert werden. Es ergibt sich somit eine insgesamt maximal zu fördernde Grundwassermenge von etwa 691 200 m³.

Die Grundwasserentnahme stellt ein Vorhaben nach Nummer 13.3.2 Spalte 2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Nummer 1.3.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) dar.

Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVPG sowie den in Anlage 2 des HmbUVPG formulierten Kriterien wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens abgesehen.

Von dem Vorhaben gehen nach Einschätzung der zuständigen Wasserbehörde auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen aus.

Die Begründung ist bei der Wasserbehörde nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Das Absehen von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 26. April 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 757

Planfeststellungsverfahren

– Entwicklung eines tidebeeinflussten Flachwassergebietes Spadenlander Busch/Kreetsand –

Der Plan für die Entwicklung eines tidebeeinflussten Flachwassergebietes Spadenlander Busch/Kreetsand ist durch Beschluss der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Planfeststellungsbehörde, vom 24. April 2012 festgestellt worden.

Die Feststellung beruht auf §§ 67, 68 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz, WHG) in Verbindung mit §§ 72 ff. des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG). Den bekannten Betroffenen wird der Planfeststellungsbeschluss zugestellt.

Eine Ausfertigung des Beschlusses wird mit einer Ausfertigung des festgestellten Plans in der Zeit vom 14. Mai 2012 bis 29. Mai 2012 (jeweils einschließlich) im Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezernat Wirtschaft, Bau und Umwelt, Fachamt Management des öffentlichen Raums, Wegeaufsichtsbehörde, Klosterwall 8, Block D, Zimmer 103, 20095 Hamburg, zur allgemeinen Einsichtnahme während der Dienststunden bzw. Sprechzeiten öffentlich ausgesetzt.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Planfeststellungsbeschluss auch gegenüber den der Planfeststellungsbehörde nicht bekannten Betroffenen als zugestellt (§ 74 Absatz 4 HmbVwVfG).

Hamburg, den 25. April 2012

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation als Planfeststellungsbehörde

Amtl. Anz. S. 757

Änderung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Rissen 44/Sülldorf 18/Iserbrook 26

Das Bezirksamt Altona beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), seinen Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Rissen 44/Sülldorf 18 (Aufstellungsbeschluss A 2/99) vom 3. Februar 2000 (Amtl. Anz. S. 500) in seiner Plangebietsbeschreibung zu ändern. So wird das Plangebiet u. a. um Teile des Forstes Klövensteen und des Naturschutzgebietes Schnaakenmoor verkleinert und um Flächen an der Landesgrenze zu Schenefeld erweitert. Durch die Erweiterung nach Osten ändert sich die beabsichtigte Bezeichnung des Bebauungsplans in Rissen 44/Sülldorf 18/Iserbrook 26.

Das Plangebiet wird in der geänderten Fassung wie folgt begrenzt:

Klövensteenweg – über das Flurstück 5515, Westgrenze des Flurstücks 66 (Klövensteenweg), Südgrenze des Flurstücks 39 (Babenwischenweg) der Gemarkung Rissen – Landesgrenze – Nordgrenze des Flurstücks 32, Westgrenze des Flurstücks 3135, West-, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 3008, Ostgrenze des Flurstücks 31 (Feldweg 92), Nordgrenzen der Flurstücke 3212, 16, 15 und 14, West-, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 3211, Ostgrenze des Flurstücks 13, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 6167 (Feldweg 90), Nordgrenze des Flurstücks 25 (Feldweg 90/91) der Gemarkung Rissen, Nordgrenze des Flurstücks 1347 (Feldweg 90), Ostgrenze des Flurstücks 1280 (Feldweg 65) der Gemarkung Sülldorf – Landesgrenze – Schenefelder Landstraße – Südgrenzen der Flurstücke 1976 und 2035 der Gemarkung Dockenhuden – Lütt Iserbrook – Iserbrooker Weg – Sülldorfer Knick – über das Flurstück 1228, Westgrenzen der Flurstücke 1228 (Sülldorfer Knick) und 32, Süd-, Südwest- und Nordwestgrenze des Flurstücks 30, Süd- und Westgrenze des Flurstücks 25, Südwestgrenze des Flurstücks 24, über das Flurstück 1214 (Ellernholt) der Gemarkung Sülldorf – Feldweg 65 – über die Flurstücke 1280 und 3310, Westgrenzen der Flurstücke 3310 und 2545, Südostgrenze des Flurstücks 2543, Südgrenze des Flurstücks 1207, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 1206, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 1205, über das Flurstück 1202 der Gemarkung Sülldorf – Schlankweg – Südgrenzen der Flurstücke 2220 und 2219, Ostgrenze des Flurstücks 1192, über das Flurstück 1190 der Gemarkung Sülldorf – Lehmkuhlenweg – Feldweg 60 – über das Flurstück 1187, Nordgrenzen der Flurstücke 1182 und 1183, Ostgrenze des Flurstücks 1183, Nord-, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 1174, Südgrenze des Flurstücks 2226, über das Flurstück 1140 der Gemarkung Sülldorf – Sieversstücken – Süd- und Westgrenze des Flurstücks 1178 der Gemarkung Sülldorf, Südgrenze des Flurstücks 305, über das Flurstück 4438 der Gemarkung Rissen – Lehmkuhlenweg – über das Flurstück 6208, Südgrenze des Flurstücks 309, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 313, Südgrenze des Flurstücks 312, über die Flurstücke 312 und 313, Nordwestgrenze des Flurstücks 313, Südwestgrenze des Flurstücks 318, Südost- und Südwestgrenze des Flurstücks 320, über das Flurstück 289 der Gemarkung Rissen – Feldweg 77 – Langensaal – Marschweg – über das Flurstück 366, Westgrenze des Flurstücks 3881, über das Flurstück 322 der Gemarkung Rissen – Langensaal – Hexentwiete – über das Flurstück 265, Nordgrenzen der Flurstücke 5360 und 5122, Westgrenze des Flurstücks 325, über das Flurstück 325, Westgrenzen der Flurstücke 266 und 5053, über die Flurstücke 5053, 5052 und 5787, Süd- und Westgrenze des Flurstücks 4553, West- und Nordgrenze des Flurstücks 4267, Westgrenze des Flurstücks

5908, über das Flurstück 5908, Südwest- und Nordwestgrenze des Flurstücks 281, über das Flurstück 209 (Hobökentwiete), Südgrenzen der Flurstücke 195, 4896 und 4868, Westgrenze des Flurstücks 4868, Südgrenze des Flurstücks 4894, über das Flurstück 5515 der Gemarkung Rissen (Bezirk Altona, Ortsteile 225, 226 und 227).

Eine Karte, in der das Gebiet mit einer roten Linie umgrenzt ist, kann im Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Altona während der Dienststunden eingesehen werden.

Durch den Bebauungsplan mit der beabsichtigten Bezeichnung Rissen 44/Sülldorf 18/Iserbrook 26 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Erhalt der Rissener/Sülldorfer Feldmark als weitgehend unbebauter, landwirtschaftlich geprägter Landschaftsraum mit seiner hohen Bedeutung für Natur und Landschaft sowie die Naherholung geschaffen werden. Hierbei sollen auch die Belange der vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Entwicklungsfähigkeit im Planverfahren berücksichtigt werden. Bauliche Erweiterungen sollen in enger räumlicher Zuordnung zu den vorhandenen Hofstellen erfolgen, um die übrigen landwirtschaftlichen Flächen der Feldmark von einer Bebauung freizuhalten. Die dort vorhandenen wertvollen Biotopstrukturen sollen erhalten und verbessert werden. Die Flächen sollen im Wesentlichen als Flächen für die Landwirtschaft, Wald und als Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ausgewiesen werden.

Hamburg, den 20. April 2012

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 758

Änderung der Beitragsordnung der Studierendenschaft der Universität Hamburg vom 5. Juli 2007

Das Präsidium der Universität Hamburg hat am 23. April 2012 gemäß § 104 Absatz 2 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 20. Dezember 2011 (HmbGVBl. S. 550), die vom Studierendenparlament der Universität Hamburg in seiner Sitzung am 2. Februar 2012 beschlossene Änderung der Beitragsordnung der Studierendenschaft der Universität Hamburg vom 5. Juli 2007 in der nachstehenden Fassung genehmigt.

In § 1 wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut angefügt:

„(3) Ausgenommen von der Beitragspflicht nach Absatz 1 sind eingeschriebene Doktorandinnen und Doktoranden in bi-nationalen Promotionen für die Semester des Auslandsaufenthalts.“

Hamburg, den 25. April 2012

Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 758

Wahlordnung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Präambel

Das Präsidium der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg hat am 5. April 2012 die nachstehende,

vom Studierendenparlament der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, am 22. Juni 2011 auf Grund von § 103 Absatz 1 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (HmbGVBl. S. 550), beschlossene „Wahlordnung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“ nach § 103 Absatz 1 Satz 2 HmbHG in der nachfolgenden Fassung genehmigt.

Inhaltsverzeichnis

I.

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Zweck der Wahlordnung
- § 2 Wahlrecht
- § 3 Wahlorgan
- § 4 Zusammensetzung und Wahl der Wahlleitung
- § 5 Amtszeit der Mitglieder der Wahlleitung
- § 6 Verfahren
- § 7 Wahlhelferinnen, Wahlhelfer

II.

Wahl des Studierendenparlaments

- § 8 Wahlgrundsätze
- § 9 Wahlverfahren
- § 10 Wahlort, Wahltermin und Wahlzeiten
- § 11 Wahlbekanntmachung
- § 12 Wählerverzeichnis
- § 13 Wahlvorschläge
- § 14 Änderung, Zurücknahme, Prüfung und Bekanntgabe der Wahlvorschläge
- § 15 Stimmzettel
- § 16 Stimmabgabe
- § 17 Wahlsicherung
- § 18 Auszählung der Stimmen
- § 19 Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses
- § 20 Wahlprüfung
- § 20 a Ausscheiden
- § 21 Wahlanfechtung und Rechtswirksamkeit von Beschlüssen
- § 22 Aufbewahrung der Wahlunterlagen

III.

Wahl des Allgemeinen Studierendenausschusses

- § 23 Allgemeine Bedingungen
- § 24 Wahl des Vorstandes
- § 25 Bestätigung der Referentinnen und Referenten
- § 26 Wahltermin und Fristen
- § 27 Wahlvorschläge für den Allgemeinen Studierendenausschuss

IV.

Schlussbestimmungen

- § 28 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung

I.

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Zweck der Wahlordnung

Diese Wahlordnung regelt die Wahlen des Studierendenparlaments und des Allgemeinen Studierendenausschusses der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg.

§ 2

Wahlrecht

(1) Zur Wahl des Studierendenparlaments ist jede und jeder eingeschriebene Studierende der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg wahlberechtigt und wählbar. Studierende, die mehr als einem Department angehören, können nur in einem Department wählen. Diese Entscheidung trifft die oder der betreffende Studierende.

(2) Zur Wahl der Vorsitzenden des Allgemeinen Studierendenausschusses ist jede oder jeder eingeschriebene Studierende der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg wählbar. Die Vorsitzenden des Allgemeinen Studierendenausschusses werden vom Studierendenparlament gewählt.

§ 3

Wahlorgan

(1) Wahlorgan ist die Wahlleitung.

(2) Die Mitglieder der Wahlleitung dürfen nicht gleichzeitig für eines der zu wählenden Organe kandidieren, Mitglieder des Schlichtungsausschusses oder des Allgemeinen Studierendenausschusses sein. Die Mitglieder sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung ihres Amtes verpflichtet.

(3) Die Wahlen des Studierendenparlaments und des Allgemeinen Studierendenausschusses werden durch die Wahlleitung vorbereitet und beaufsichtigt. Die Wahlleitung entscheidet in allen im Zusammenhang mit der Durchführung der Wahlen stehenden Fragen und Problemen. Sie beschließt insbesondere über die Inhalte der Wahlbekanntmachungen, die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge und Gestaltung der Stimmzettel. Die Wahlleitung stellt das Wahlergebnis fest.

(4) Die Wahlleitung ist in ihrer Tätigkeit selbstständig und unabhängig. Sie ist von den Organen der Studierendenschaft zu unterstützen.

(5) Die Wahlleitung wählt aus ihrer Mitte eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden sowie deren bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. Der bzw. die Vorsitzende leitet insbesondere die Wahlen und sorgt für die Erfüllung der der Wahlleitung obliegenden Aufgaben, führt die Beschlüsse der Wahlleitung aus und sichert die Vorbereitung und Durchführung der Wahl.

§ 4

Zusammensetzung und Wahl der Wahlleitung

Die Wahlleitung besteht aus mindestens drei Mitgliedern der Studierendenschaft, die vom Studierendenparlament gewählt werden.

§ 5

Amtszeit der Mitglieder der Wahlleitung

(1) Die Wahlleitung wird vom Studierendenparlament für dessen Amtszeit gewählt. Sie bleibt bis zur Wahl einer neuen Wahlleitung im Amt.

(2) Jedes neu gewählte Studierendenparlament muss innerhalb der ersten drei Monate seiner Wahlperiode eine neue Wahlleitung wählen. Kommt keine Wahl zustande, bleibt die bisherige Wahlleitung solange geschäftsführend im Amt, bis eine neue Wahlleitung gewählt wird.

(3) Die Amtszeit endet vorzeitig

1. durch Rücktritt,
2. durch Kandidatur zu einem Amt in der Studierendenschaft, ausgenommen dem Fachschafsrat,
3. durch Exmatrikulation oder
4. durch Tod.

In diesen Fällen ist eine Nachwahl notwendig.

§ 6

Verfahren

Das Studierendenparlament beschließt für das Wahlverfahren sowie für die Sitzungen und sonstigen Geschäftsabläufe der Wahlleitungen eine Geschäftsordnung, soweit keine Regelungen getroffen sind.

§ 7

Wahlhelferinnen, Wahlhelfer

Die Wahlleitung kann für die Durchführung der Wahlen freiwillige Helferinnen und Helfer aus der Studierendenschaft heranziehen. Wahlhelferin bzw. Wahlhelfer kann nicht sein, wer bei der von ihr bzw. ihm betreuten Wahl kandidiert. Die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer unterstützen die Wahlleitung.

II.

Wahl des Studierendenparlaments

§ 8

Wahlgrundsätze

(1) Die Mitglieder des Studierendenparlaments werden in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl für den Zeitraum von zwei Semestern gewählt.

(2) Jede und jeder Studierende hat eine Erst- und Zweitstimme. Mit der Erststimme werden die Direktkandidatinnen bzw. Direktkandidaten in den Departments gewählt, mit der Zweitstimme werden die Kandidatinnen und Kandidaten einer fakultätsweiten Liste gewählt.

(3) Die Sitze im Studierendenparlament ergeben sich so, dass

1. jedes Department eine Direktkandidatin oder einen Direktkandidaten in das Studierendenparlament entsendet.
2. die Fakultät mit dem geringsten Verhältnis der Studierenden zur Anzahl der Departments als Bemessungsgrundlage für die Anzahl der Sitze im Studierendenparlament dient.
3. die verbleibenden, nach Fakultät aufgeschlüsselten, Sitze nach dem Ergebnis der fakultätsweiten Listenwahl vergeben werden; die Kandidatinnen oder Kandidaten können sich einzeln oder in Listen bewerben und
4. gegebenenfalls nicht besetzte, einer Fakultät zustehenden Sitze, unbesetzt bleiben, wenn die Liste nicht genügend Kandidatinnen oder Kandidaten enthält.

(4) Die Sitze der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten verteilen sich auf folgende Departments:

1. Design
2. Information

3. Medientechnik
4. Biotechnologie
5. Gesundheitswissenschaften
6. Medizintechnik
7. Ökotropologie
8. Umwelttechnik
9. Verfahrenstechnik
10. Wirtschaftsingenieurwesen
11. Fahrzeugtechnik und Flugzeugbau
12. Informations- und Elektrotechnik
13. Mechatronik
14. Informatik
15. Maschinenbau und Produktion
16. Pflege und Management
17. Public Management
18. Soziale Arbeit
19. Wirtschaft

(5) Jede und Jeder Wahlberechtigte kann nur in einem Department wählen und direkt gewählt, bzw. fakultätsweit auf Liste gewählt werden.

(6) Ein Department liegt nur dann vor, wenn die jeweilige Einrichtung in den einschlägigen Bestimmungen der jeweiligen Fakultätsordnung als Department festgelegt ist. Hochschulübergreifende Studiengänge können nach den Bestimmungen des Kooperationsvertrages ein Department bilden.

§ 9

Wahlverfahren

(1) Die Anzahl der Sitze im Studierendenparlament ergibt sich nach folgendem Schema:

1. Die aktuelle Anzahl an Studierenden dient als Basis zur Berechnung der Sitze.
2. Der Quotient aus Studierendenanzahl pro Fakultät zu Anzahl Departments pro Fakultät wird gebildet.
3. Die Fakultät mit dem geringsten Quotienten dient zur weiteren Berechnung. Außer Direktkandidatinnen und Direktkandidaten erhält sie keine weiteren Plätze für das Studierendenparlament.
4. Die Anzahl der Studierenden pro Fakultät wird durch den gebildeten Quotienten dividiert. Es ergibt sich die theoretische Anzahl der Sitze pro Fakultät.
5. Die tatsächlichen Sitze pro Fakultät werden durch Abrundung aus den theoretischen Sitzen ermittelt.
6. Die einer Fakultät zustehenden Listenplätze ergeben sich aus der Subtraktion von Gesamtzahl einer Fakultät zustehenden Sitze und der Zahl der Departments einer Fakultät.

(2) In den Departments ist die Direktkandidatin oder der Direktkandidat nach § 8 Absatz 3 Nummer 1 gewählt, die oder der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Ergibt sich für einen einem Department zugehörigen Sitz die gleiche Stimmenzahl, so entscheidet das von der Wahlleitung zu ziehende Los über die Besetzung.

(3) Die Sitze nach § 8 Absatz 3 Nummer 3 werden nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren auf die fakultätsweiten Listen verteilt. Die den fakultätsweiten Listen zufallenden Sitze werden den Kandidatinnen und Kandidaten in der Reihenfolge des Stimmergebnisses innerhalb der Liste zugeteilt. Ergeben sich bei der Verteilung der Sitze auf die fakultätsweiten Listen gleiche Höchstzahlen, so entscheidet das von der Wahlleitung zu ziehende Los. Ergibt sich bei

der Zuteilung der Sitze innerhalb einer fakultätsweiten Liste eine gleiche Stimmenzahl, wird die Kandidatin oder der Kandidat gewählt, die oder der den besseren Listenplatz hat.

(4) Ist die Zahl der in einer Fakultät gewählten Direktkandidatinnen und Direktkandidaten insgesamt geringer als die Zahl der in dieser Fakultät eigentlich zu besetzenden Sitze (§ 8 Absatz 3 Nummer 3), erhöhen die auf diese Weise nicht besetzten Wahlkreissitze die nach dem Ergebnis der fakultätsweiten Listenwahl nach Maßgabe von Absatz 2 zu verteilenden Sitze.

(5) Ist die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten einer fakultätsweiten Liste geringer als die Zahl der ihr nach dem Wahlergebnis zustehenden Sitze, so bleiben diese Sitze unbesetzt. Um diese Anzahl verringert sich die Zahl der Sitze nach § 8 Absatz 3 Nummer 2 oder Nummer 3 für die Dauer der Wahlperiode.

(6) Die nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten einer fakultätsweiten Liste bilden die Reserveliste dieser Liste. Wird durch Ausscheiden eines Mitgliedes ein Sitz nach § 8 Absatz 3 Nummer 1, Nummer 2 oder Nummer 3 frei, rückt die oder der Erste auf der jeweiligen Reserveliste nach.

§ 10

Wahlort, Wahltermin und Wahlzeiten

(1) Die Wahlen sollen in der Vorlesungszeit des Wintersemesters stattfinden, dürfen jedoch nicht in den letzten vier Vorlesungswochen durchgeführt werden.

(2) Gewählt wird an drei aufeinander folgenden, nicht vorlesungsfreien Werktagen. An diesen Tagen muss jeweils drei Stunden die Möglichkeit zur Stimmabgabe gewährleistet werden.

(3) Die Wahllokale in den jeweiligen Departments werden von der Wahlleitung festgelegt.

§ 11

Wahlbekanntmachung

Die Wahl des Studierendenparlaments muss spätestens 30 Tage vor dem ersten Wahltag hochschulöffentlich innerhalb der Departments durch Aushang sowie mittels anderer geeigneter Medien bekannt gegeben werden. Maßgebend ist der Aushang in der Geschäftsstelle der Studierendenschaft, die sich in den Büroräumen des Allgemeinen Studierenden-ausschusses befindet.

§ 12

Wählerverzeichnis

Die Wahlleitung trägt dafür Sorge, dass ein Wählerverzeichnis erstellt wird, in das alle Wahlberechtigten einzutragen sind.

§ 13

Wahlvorschläge

(1) Wahlvorschläge können von einer, einem oder mehreren Wahlberechtigten bei der Wahlleitung eingereicht werden. Jede oder jeder Wahlberechtigte kann auch sich selbst vorschlagen. Eine Kandidatin oder ein Kandidat darf nicht in mehrere Wahlvorschläge einer Wahl aufgenommen werden.

(2) Der Wahlvorschlag muss mindestens den Familiennamen, den Vornamen, die Anschrift, die Matrikelnummer und die Departmentzugehörigkeit der Kandidatin oder des Kandidaten enthalten sowie die Bezeichnung der Wahl, für die der Vorschlag gelten soll. Über den weiteren Inhalt und die Form der Wahlvorschläge entscheidet die Wahlleitung.

(3) Mit dem Wahlvorschlag ist eine eigenhändig zu unterschreibende Erklärung der Kandidatinnen und Kandidaten einzureichen, aus denen hervorgeht, dass sie ihrer Aufnahme in den Wahlvorschlag zugestimmt haben und im Falle ihrer Wahl diese annehmen.

(4) Die Wahlvorschläge sind innerhalb einer von der Wahlleitung zu bestimmenden angemessenen Frist, die mit der Wahlbekanntmachung zu veröffentlichen ist, einzureichen.

§ 14

Änderung, Zurücknahme, Prüfung und Bekanntgabe der Wahlvorschläge

(1) Wahlvorschläge, die innerhalb der in § 13 Absatz 4 angegebenen Frist eingereicht werden, sind von der Wahlleitung unverzüglich zu prüfen. Wahlvorschläge, die Mängel aufweisen, sind unter Angabe der Mängel unverzüglich zur Beseitigung derselben an die Vorschlagenden zurückzugeben. Die Mängel sind innerhalb einer von der Wahlleitung zu bestimmenden, angemessenen Frist zu beseitigen. Werden die Mängel nicht innerhalb der Frist beseitigt, so sind die beanstandeten Kandidaturen nicht zuzulassen.

(2) Die Wahlleitung macht die zugelassenen Wahlvorschläge der Studierendenschaft durch Aushang und mittels anderer geeigneter Medien rechtzeitig vor der Wahl bekannt.

§ 15

Stimmzettel

(1) Bei der Wahl sind nur die von der Wahlleitung vorbereiteten Stimmzettel zu verwenden.

(2) Der Stimmzettel enthält mindestens

1. die Bezeichnung der Wahl, für die er gilt,
2. die Wahllisten und
3. von der Wahlleitung zu beschließende Hinweise zur Stimmabgabe.

§ 16

Stimmabgabe

(1) Jede und jeder Wahlberechtigte kann das Wahlrecht für jede Wahl nur einmal und persönlich ausüben.

(2) Bei der Stimmabgabe haben die Wählerinnen und Wähler ihre Wahlberechtigung nachzuweisen. Diese wird geprüft und die Teilnahme an der Wahl so vermerkt, dass eine mehrmalige Stimmabgabe ausgeschlossen ist.

(3) Eine Briefwahl ist möglich. Fristen sowie Vorgehensweise regelt die Wahlleitung.

(4) Die Wählerinnen und Wähler geben ihre Erst- und Zweitstimme ab, indem sie ihre Entscheidung durch jeweils ein Kreuz für die Wahl der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten in dem betreffenden Wahlkreis und die Wahl der fakultätsweiten Listen eindeutig kenntlich machen und den Stimmzettel anschließend in die Wahlurne einwerfen.

§ 17

Wahlsicherung

(1) Die Wahlleitung hat Vorkehrungen dafür zu treffen, dass die Wählerinnen und Wähler bei der Wahl die Stimmzettel unbeobachtet ausfüllen können, die erforderliche Zahl von Wahlurnen zur Verfügung steht und Stimmzettel in ausreichender Zahl bereitgehalten werden.

(2) Für die Aufnahme der Stimmzettel sind verschließbare Wahlurnen zu verwenden. Vor Beginn der Stimmabgabe muss sich die Wahlleitung davon überzeugen, dass die

Wahlurnen leer sind. Sie hat dafür zu sorgen, dass Stimmzettel nur während der Wahlzeiten und nach Kontrolle der Wahlberechtigung eingeworfen und nicht vor der Auszählung entnommen werden.

(3) Während der Wahlzeiten müssen je Wahlurne mindestens zwei von der Wahlleitung bestimmte Wahlhelferinnen bzw. Wahlhelfer ständig anwesend sein.

(4) Erhält ein Wahlleitungsmitglied Kenntnis von Unregelmäßigkeiten bei der Wahldurchführung oder -auszählung, so hat es unverzüglich eine Sitzung der Wahlleitung einzuberufen, die unverzüglich stattzufinden hat. Die Wahlleitung beschließt das weitere Vorgehen.

§ 18

Auszählung der Stimmen

(1) Unmittelbar im Anschluss an die Wahl werden die Stimmen unter Aufsicht der Wahlleitung durch die von ihr dafür beauftragten Wahlhelferinnen und Wahlhelfer ausgezählt. Die Auszählung ist hochschulöffentlich.

(2) Bei der Auszählung der Stimmen sind für jede Wahlurne getrennt folgende Zahlen zu ermitteln und schriftlich festzuhalten:

1. Anzahl der insgesamt abgegebenen Stimmzettel,
2. die Anzahl der auf alle Kandidatinnen, Kandidaten und Listen insgesamt entfallenden gültigen Stimmen sowie die Anzahl der ungültigen Stimmen und der Enthaltungen und
3. für jede Direktkandidatin und jeden Direktkandidaten getrennt die Anzahl der auf sie entfallenden gültigen Stimmen sowie die Anzahl der ungültigen Stimmen und der Enthaltungen im Department.

(3) Als ungültig sind Stimmzettel zu werten, die

1. nicht in der vorgeschriebenen Form und Weise abgegeben worden sind,
2. als nicht für die Wahl hergestellt erkennbar sind,
3. den Willen von Wahlberechtigten nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder
4. einen Vorbehalt enthalten.

(4) Ein Stimmzettel ist als Enthaltung zu werten, wenn auf ihm keine Markierung oder lediglich das Wort „Enthaltung“ vermerkt wurde. Soweit auf einem Stimmzettel nur eine Markierung bei der Wahl der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten in dem betreffenden Department oder der Wahl der fakultätsweiten Listen vermerkt wurde, gilt er im Übrigen als Enthaltung.

(5) Das Auszählungsergebnis ist von den beteiligten Personen zu unterschreiben und zusammen mit den Stimmzetteln und sämtlichen während der Auszählung angefertigten Schriftstücken unverzüglich der Wahlleitung zu übergeben.

§ 19

Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses

(1) Im Anschluss an die Auszählung der Stimmen wird das Wahlergebnis von der Wahlleitung festgestellt.

(2) Über die Wahl hat die Wahlleitung eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Wahl und für die Ermittlung des Wahlergebnisses wesentlichen Umstände hervorgehen müssen. Diese hat sie innerhalb einer Frist von von 2 Wochen nach Feststellung des Wahlergebnisses in der Geschäftsstelle der Studierendenschaft zu hinterlegen. Der Allgemeine Studierendenausschuss übergibt die Niederschrift dem neu gewählten Präsidium des Studierendenpar-

laments nach dessen Wahl in der Sitzung des Studierendenparlaments.

(3) Die Wahlleitung hat das Wahlergebnis unverzüglich durch Aushang und mittels sonstiger geeigneter Medien bekannt zu machen. Maßgebend ist der Aushang in der Geschäftsstelle der Studierendenschaft, die sich in den Büroräumen des Allgemeinen Studierendenausschusses befindet.

§ 20

Wahlprüfung

(1) Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jede und jeder Wahlberechtigte binnen sieben Werktagen nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Schlichtungsausschuss einen schriftlich begründeten Einspruch erheben.

(2) Über Einsprüche entscheidet der Schlichtungsausschuss nach der Satzung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg.

(3) Die Wahl ist ganz oder teilweise für ungültig zu erklären, wenn wesentliche Bestimmungen über die Wahlvorbereitung, die Sitzverteilung, die Wahlberechtigung, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren verletzt worden sind, es sei denn, dass sich dies nicht auf die Sitzverteilung ausgewirkt hat.

(4) Wird im Wege der Wahlprüfung die Unwirksamkeit der Wahl von einzelnen Kandidatinnen oder Kandidaten festgestellt, so scheidet diese Kandidatin oder dieser Kandidat als Mitglied aus. Festzustellen ist, welche Kandidatin oder welcher Kandidat der Liste das rechtmäßig gewählte Mitglied ist. Ist das betroffene Mitglied einzige Kandidatin bzw. einziger Kandidat einer Liste, so sind die auf sie oder ihn entfallenden Stimmen ungültig und der Sitz fällt der Liste mit der nächst höchsten Stimmzahl zu.

(5) Wird im Wahlprüfungsverfahren die Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt, so ist sie unverzüglich in dem in der Entscheidung bestimmten Umfang zu wiederholen.

§ 20 a

Ausscheiden

(1) Ein Sitz wird frei, wenn ein Mitglied ausscheidet.

(2) Ein Mitglied scheidet insbesondere aus,

1. wenn die Wahl für ungültig erklärt wird,
2. wenn es die Wählbarkeit für sein Mandat verliert oder
3. wenn es auf seinen Sitz durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Präsidium des Studierendenparlaments verzichtet.

(3) Bei Ausscheiden gilt § 9 Absätze 5 und 6.

§ 21

Wahlanfechtung und Rechtswirksamkeit von Beschlüssen

Die Rechtswirksamkeit der bisherigen Tätigkeit der Mitglieder des Studierendenparlaments wird durch eine erfolgreiche Wahlanfechtung nicht berührt.

§ 22

Aufbewahrung der Wahlunterlagen

Stimmzettel können nach Rechtskraft der Wahl vernichtet werden. Alle übrigen Wahlunterlagen, insbesondere die Niederschrift über die Feststellung des Wahlergebnisses, die Protokolle der Sitzungen der Wahlleitung und die eingereichten Wahlvorschläge, sind fünf Jahre aufzubewahren.

III.**Wahl des Allgemeinen Studierendenausschusses**

§ 23

Allgemeine Bedingungen

(1) Die Wahlleitung ist für die Durchführung der Wahl des Allgemeinen Studierendenausschusses verantwortlich.

(2) Der Ablauf des Wahlverfahrens findet in nachstehender Reihenfolge statt:

1. Wahl des Vorstandes, dem zwei Personen angehören,
2. Bestätigung der weiteren Referentinnen und Referenten.

(3) Die Wiederwahl von Mitgliedern des Allgemeinen Studierendenausschusses ist zulässig.

(4) Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses dürfen nicht zugleich Mitglieder im Studierendenparlament oder Fachschaftsrat sein.

(5) Mit dem Ende der Amtszeit des Studierendenparlaments endet auch die Amtszeit des Allgemeinen Studierendenausschusses. Bis zur Neuwahl eines neuen Allgemeinen Studierendenausschusses bleibt der bisherige Allgemeine Studierendenausschuss geschäftsführend im Amt.

(6) Bei einer vorzeitigen Beendigung der Amtszeit eines oder beider Mitglieder des Vorstandes erfolgt eine Neuwahl und im Falle des Ausscheidens von Referentinnen oder Referenten eine Neubestätigung nach den Bestimmungen der §§ 24, 25 dieser Wahlordnung.

§ 24

Wahl des Vorstandes

(1) Die beiden Vorsitzenden des Allgemeinen Studierendenausschusses werden vom Studierendenparlament gewählt. Dabei können sich nach den Wahlvorschlägen nach § 27 dieser Wahlordnung immer nur zwei Kandidatinnen oder Kandidaten als ein Vorstand zur Wahl stellen. Passiv wahlberechtigt sind alle Studierenden der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg.

(2) Vor der Wahl ist den Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Vorstandes im Allgemeinen Studierendenausschuss die Möglichkeit zur Vorstellung zu geben.

(3) Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der gewählten Mitglieder des Studierendenparlaments auf sich vereinigen kann.

§ 25

Bestätigung der Referentinnen und Referenten

(1) Die Vorsitzenden des Allgemeinen Studierendenausschusses schlagen dem Studierendenparlament die Referentinnen und Referenten zur Bestätigung vor.

(2) Die vorgeschlagenen Referentinnen und Referenten werden in getrennten Durchgängen durch das Studierendenparlament bestätigt.

(3) Vor der Bestätigung ist den vorgeschlagenen Referentinnen und Referenten die Möglichkeit zur Vorstellung zu geben.

(4) Bestätigt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Studierendenparlaments auf sich vereinigen kann.

§ 26

Wahltermin und Fristen

(1) Die Wahl findet planmäßig im ersten Drittel der Vorlesungszeit des Sommersemesters statt, darf aber nicht in

den letzten vier Vorlesungswochen eines Semesters durchgeführt werden.

(2) Die Wahl muss spätestens vier nicht vorlesungsfreie Wochen vor dem Wahltag hochschulöffentlich innerhalb der Departments durch Aushang und in der Geschäftsstelle der Studierendenschaft, die sich in den Büroräumen des Allgemeinen Studierendenausschusses befindet, sowie mittels sonstiger geeigneter Medien bekannt gegeben werden. Maßgebend für die Fristeinholung ist der Aushang in der Geschäftsstelle der Studierendenschaft, die sich in den Büroräumen des Allgemeinen Studierendenausschusses befindet.

§ 27

Wahlvorschläge für den Allgemeinen Studierendenausschuss

(1) Die Wahlvorschläge für den Vorstand enthalten jeweils zwei Kandidatinnen oder Kandidaten als Vorsitzende bzw. Vorsitzenden und als stellvertretende Vorsitzende bzw. stellvertretenden Vorsitzenden.

(2) Die Vorschläge für die Referentinnen und Referenten enthalten jeweils eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten.

(3) Die Vorschläge sollen Angaben zur Person und zum Arbeitsprogramm der Kandidatin oder des Kandidaten enthalten.

(4) Die Vorschläge sind spätestens 10 nicht vorlesungsfreie Werktage vor dem Wahltag bei der Wahlleitung einzureichen. Die Abgabe erfolgt in der Geschäftsstelle der Studierendenschaft, die sich in den Büroräumen des Allgemeinen Studierendenausschusses befindet.

(5) Die Vorschläge sind mindestens eine Woche vor dem Wahltag innerhalb der Studierendenschaft und den Mitgliedern des Studierendenparlaments durch Aushang in der Geschäftsstelle der Studierendenschaft, die sich in den Büroräumen des Allgemeinen Studierendenausschusses befindet, und mittels sonstiger geeigneter Medien bekanntzugeben. Maßgebend ist der Aushang in der Geschäftsstelle der Studierendenschaft, die sich in den Büroräumen des Allgemeinen Studierendenausschusses befindet.

(6) Wahlvorschläge darf jede und jeder Studierende machen. Im Übrigen gilt § 13 dieser Wahlordnung entsprechend.

IV.**Schlussbestimmungen**

§ 28

Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung

(1) Diese Wahlordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Wahlordnung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg vom 12. November 2009 (Amtl. Anz. S. 2199), geändert am 2. Dezember 2010 (HAW-Hochschulanzeiger Nr. 57/2010, S. 3), außer Kraft.

(2) Die Wahl des ersten nach dieser Satzung gewählten Allgemeinen Studierendenausschusses findet abweichend von § 26 Absatz 1 im Wintersemester 2011/2012 statt.

(3) Die Wahlordnung wird befristet bis zum 28. Februar 2013.

Hamburg, den 5. April 2012

Hochschule für Angewandte Wissenschaften zu Hamburg

Amtl. Anz. S. 758

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg
 Postanschrift:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Amt für Umweltschutz, Abteilung Wasserwirtschaft, U1108, 20539 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von Herrn Nicold Jaeger
 Telefon: +49/040/42845-2874
 Telefax: +49/040/42845-2224
 E-Mail: nicold.jaeger@bsu.hamburg.de
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung/Umwelt
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Rahmenvertrag für Geophysikalische Untersuchungen an Grundwassermessstellen und Erkundungsbohrungen.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 (c) Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr.: 12
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
 Hauptort der Dienstleistung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:
 Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern.
 Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 12 Monate
 Periodizität und Wert der zu vergebenden Aufträge:
 Die Auftragssumme eines Einzelauftrages liegt zwischen 3000,- Euro und 15 000,- Euro bei etwa 5-7 Aufträgen pro Jahr.
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Rahmenvertrag für Geophysikalische Untersuchungen an Grundwassermessstellen und Erkundungsbohrungen, RV GEO 2012.
 Im Zusammenhang mit dem Bau von Grundwassermessstellen sowie Aufschlussbohrungen zur geologischen Erkundung sind während oder nach Abschluss folgender Arbeiten geophysikalische Untersuchungen durchzuführen:
 – Ausbaukontrolle an neu errichteten Grundwassermessstellen auf überwiegend kontaminierten Standorten mit unterschiedlichem Kontaminationsgrad bis max. 80 m Tiefe. Im Trockenbohrverfahren beträgt der Bohrendurchmesser i.d.R. 273 bzw. 219 mm, die Ausbaudurchmesser betragen DN 50 bis DN 125.
 – Im offenen Bohrloch an Erkundungsbohrungen bis max. 500 m Tiefe, welche im Spülbohrverfahren hergestellt wurden. Der Bohrendurchmesser beträgt 180 mm.
 – An vorhandenen und neu errichteten tiefen Messstellen bis ca. 500 m zur Überprüfung des baulichen Zustandes. Der Ausbaudurchmesser für das Filterrohr beträgt DN 50 oder DN 65 und DN 50 bis DN 125 für das Aufsatzrohr.
 Für die Beauftragung werden maximal 6 Bieter, die mindestens die folgenden Grundverfahren:
 – Gamma-Ray-Log (GR), Gamma-Gamma-Log (GG), Kaliber-Log (CAL), Neutronen-Neutronen-Log (NN), Induktions-Log (IL), Fokussiertes Elektro-Log (PVC-FEL), Magnetik-Log (MAL), Salinitäts-/Temperatur-Log (SAL/Temp), Flowmeter-Log (FLOW), Spezifischer elektrischer Widerstand sowie Eigenpotential (ES/SP), Packertest, Videokamerabefahrung (TV), Bohrlochabweichungen (BA)
 und möglichst über die Grundverfahren hinaus folgende zusätzliche Leistungen bzw. Positionen:
 – Ringraumscanner (R.GG), Segmentiertes Gamma-Gamma-Log (S.GG), Segmentiertes Gamma-Log (SGL), Elektromagnetisches Wanddicken-Log (EMDS), Untersuchungen an hochkontaminierten Grundwassermessstellen anbieten, berücksichtigt.
 Aus den 6 ausgewählten Angeboten werden Mittelpreise gebildet und als Einheitspreise den Anbietern zur Zustimmung unterbreitet.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 71.35.17.10 - 3
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Geschätzter Wert ohne MwSt: 200 000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: –

- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja
Zahl der möglichen Verlängerungen: 3
Voraussichtlicher Zeitrahmen für Folgeaufträge bei verlängerbaren Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen: 12 Monate ab Auftragsvergabe

- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 48 Monate ab Auftragsvergabe
Beginn: 1. August 2012
Abschluss: 31. Juli 2016

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
1. HmbZVB-VOL/B – (VHB 6.2) siehe Ausschreibungsunterlagen
2. Nachweis einer Berufshaftpflicht mit folgenden Deckungssummen:
Personenschäden 1 500 000,- Euro
Sonstige Schäden 500 000,- Euro.
Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Zahlungen im Rahmen der VOL/B und der Vergabeunterlagen.

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Ja
Darlegung der besonderen Bedingungen:
Genehmigung zum Umgang und Transport der teilweise radioaktiven Sonden für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

III.2) Teilnahmebedingungen

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Folgende in Ziffer III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Die einzureichenden Erklärungen und Nachweise gemäß VOL/A müssen von allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft gleichermaßen beigebracht werden.
1. Eigenerklärung
1.1 Von allen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) über-

prüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. Das entsprechende Formblatt für die Eigenerklärung liegt den Verdingungs-/Auftragsunterlagen bei, die bei der unter Anhang II genannten Stelle angefordert werden können.

- 1.2 Von allen Bietern ist mit Angebotsabgabe eine Eigenerklärung abzugeben, ob und auf welche Art die Bieterinnen bzw. Bieter wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft sind oder ob und auf welche Art sie auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeiten, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.
2. Juristische Personen haben einen Berufs- oder Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes beizubringen, die nicht älter als drei Monate ist.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung wie unter III.1.1 gefordert.
– Eine Darstellung der Umsätze des Unternehmens aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, aus der hervorgeht, dass der Bewerber auf Grund seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Lage ist, die ausgeschriebenen Leistungen in dem jeweiligen Leistungszeitraum konstant und verlässlich zu erbringen (Umsätze bezogen auf Referenzen).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

- Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Eine Referenzliste über Leistungen innerhalb der letzten drei Jahre, die nach Art und Umfang mit den hier ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. Erwartet werden: eine detaillierte Darstellung der jeweils erbrachten Leistungen, Angaben des Rechnungswertes, der Leistungszeit, Angabe der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen, Angaben, in welchem Zeitraum die gesamten Leistungen erbracht wurden.
– Auflistung der erforderlichen gerätetechnischen Grundausstattung (Mindestverfahren, s. II.1.5) und – sofern vorhanden – zusätzlicher, gerätetechnischen Ausstattung (s. II.1.5, zusätzliche Leistungen) mit Angaben zu Sondenbezeichnung, -durchmesser, -länge und Messparameter.
– Eigenerklärung, dass Dipl. Geophysiker oder Geologen die Untersuchungen auswerten.
– Nachweis über die Umgangs- und Transportgenehmigung, der angebotenen radioaktiven Sonden für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.
– Eigenerklärung, dass nach entsprechender Vorankündigung durch den Auftraggeber eine Reaktionszeit (< 12 Stunden) an offenen Bohrlöchern gewährleistet wird.

- Sofern der Bieter Nachunternehmer einsetzt, sind von allen Bietern mit Angebotsabgabe eine vom Nachunternehmer unterschriebene Eigenerklärung abzugeben, welche nachweist, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel des Nachunternehmers bei der Erfüllung des Auftrages auch zur Verfügung stehen.

Der Auftraggeber behält sich vor, Nachweise nachzufordern, bzw. die Angaben hinsichtlich der durch Eigenerklärung belegten Anforderungen zu überprüfen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zulassung der Firma, die geforderten geophysikalischen Messverfahren auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durchführen zu können.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in auseinanderfolgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Anzahl der Verfahren (s. II.1.5)	70 %
2. Preis	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

OV-U1-146/12

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen:

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 5,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-U1-146/12 an folgendes Konto:

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA,
Kontonummer: 375 202-205, BLZ 20010020,
Geldinstitut: Postbank Hamburg,
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05,
BIC PBNKDEFF200 Hamburg

Hinweis: Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Bei Überweisungen bitte gleichzeitig Anforderung an die Anschrift gemäß Anhang A Ziffer II) senden. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 8. Juni 2012, 9.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 15. August 2012

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: 8. Juni 2012, 9.30 Uhr

Personen, die bei der Öffnung anwesend sein dürfen: Nein

Weitere Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: siehe Anhang A II

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: –

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote (§ 22 EG VOL/A).

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 23 - 20 20

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabe-

verfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
24. April 2012

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Amt für Umweltschutz U11 –

Postanschrift:

Billstraße 84, 20539 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Herrn Nicold Jaeger

Telefon: +49/040/4 28 45 - 28 74

Telefax: +49/040/4 28 45 - 24 82

E-Mail: nicold.jaeger@bsu.hamburg.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Zentrale Vergabeaufsicht

Postanschrift:

Stadthausbrücke 8, Zimmer E 228,

20355 Hamburg, Deutschland

Telefax: +49/040/4 28 40 - 25 54

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind:**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Zentrale Vergabeaufsicht

Postanschrift:

Stadthausbrücke 8, Zimmer E 231,

20355 Hamburg, Deutschland

Hamburg, den 24. April 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

408

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 12 A 0112

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Pappelallee 41, 22089 Hamburg,

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,

Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer: **12 A 0112**

Kunststofffenster

84135 B 2012 BBN Marinestützpunkt Reiherdamm

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**

e) Ort der Ausführung:

Marine, Reiherdamm 10, 20457 Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Gebäude mit 2 Obergeschossen, Staffelgeschoss

Art und Umfang der Leistung:

Austausch von 11 Fenstern (Holz gegen Kunststoff) im II. Obergeschoss Wirtschaftsgebäude, das II. Obergeschoss ist ein Staffelgeschoss.

g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein

h) Aufteilung in Lose: Nein

i) Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführung: 11. Juni 2012

Fertigstellung der Leistungen bis: 15. Juni 2012

j) Nebenangebote: sind zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen:

bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Bewerbungsschluss: 9. Mai 2012

Versand der Verdingungsunterlagen: 14. Mai 2012

l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:

Höhe des Entgeltes: 5,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333

BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 12 A 0112

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,

– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,

– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

q) Angebotseröffnung:

31. Mai 2012, 10.00 Uhr,

Ort: Vergabestelle, siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter
- u) Nachweise zur Eignung:
Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachzuweisen. Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eigenerklärungen gemäß Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) erbracht werden.
Hinweis: Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) liegt bei.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 2. Juli 2012

- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):
Vergabekammer (§ 104 GWB)

- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen: Frau Ehrenstein
Telefon: 040 / 4 28 42 - 309

Hamburg, den 24. April 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –

409

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 12 A 0113

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
- b) Vergabeverfahren: Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **12 A 0113**
Einbausportgeräte
4113 G 0601 Neubau Sporthalle Gebäude 42
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
Osdorfer Landstraße 365, 22589 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Sporthallenneubau mit Nebenräumen

Art und Umfang der Leistung:

Lieferung und Montage von: Steckreckanlage, Pfosten und Netze für Volleyball, Tennis, Badminton, jeweils einschließlich Bodenhülsen. Sprossenwand, Handballtore, Basketballanlagen, Klettertaue.

- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 13. August 2012
Fertigstellung der Leistungen bis: 5. Oktober 2012
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 10. Mai 2012
Versand der Verdingungsunterlagen: 16. Mai 2012
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 7,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 12 A 0113
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
6. Juni 2012, 10.00 Uhr,
Ort: Vergabestelle, siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter
- u) Nachweise zur Eignung:
Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachzuweisen.

Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eigenerklärungen gemäß Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) erbracht werden.

Hinweis: Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) liegt bei.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 6. Juli 2012
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450
Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):
Vergabekammer (§ 104 GWB)
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Technische Fragen: Herr Grade
Telefon: 040/4 28 42 - 204

Hamburg, den 24. April 2012

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

410

**Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 12 A 0116**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **12 A 0116**
Bodenbelag und Sportboden
4113 G 0601 Neubau Sporthalle Gebäude 42
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
Osdorfer Landstraße 365, 21109 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Sporthallenneubau mit Nebenräumen
Art und Umfang der Leistung:
ca. 1000 m² Sportboden aus Birke-Multiplex als Schwingboden mit Oberbelag Linoleum liefern und verlegen. Ca. 230 m² Linoleumbelag für Nebenräume liefern und verlegen.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 22. Oktober 2012
Fertigstellung der Leistungen bis: 14. Dezember 2012
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 21. Mai 2012
Versand der Verdingungsunterlagen: 25. Mai 2012
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 5,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 12 A 0116
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
12. Juni 2012, 10.00 Uhr,
Ort: Anschrift siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste

des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 12. Juli 2012

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Pappelallee 41, 22089 Hamburg,

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20 %-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a) und Herr Grade, Telefon: 040/4 28 42 - 204.

Hamburg, den 27. April 2012

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

411

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Zentrale Vergabestelle K5,
Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 98
Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg, Bereich Harburger Berge und Umgehung Fuhlsbüttel
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-129/12**
Wesentliche Leistungen:
4500 m² vorhandene und ungebundene Deckschichten zwischen 5 und 10 cm aufnehmen, 4500 m² Deck- und Tragschichten aus Naturschotter 0/32 mm zwischen 10 und 40 cm neu herstellen.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 9. Juli 2012
Ende: 17. August 2012
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen,
sowie Einsichtnahme:
vom 24. April 2012 bis 22. Mai 2012,
montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 228,

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54

- l) Höhe des Kostenbeitrages: 14,– Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 23. Mai 2012, 10.15 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 23. Mai 2012, 10.15 Uhr.
Anschrift siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 8. Juli 2012.
- w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 26 - 22 04
- Hamburg, den 24. April 2012
- Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

412

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Zentrale Vergabestelle K5,
Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 26 - 26 31
Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Fähranleger Klütjenfelder Hafen (Anleger Ernst-August-Schleuse)
- e) Hamburg
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-163/12**

- Wesentliche Leistungen:
 Bau und Technische Bearbeitung eines Stahlpontons
 30 m x 7 m x 1,65 m
 Bau und Technische Bearbeitung einer Zugangsbrücke
 30 m x 3 m (Fachwerkbrücke)
 Bau und Technische Bearbeitung der Schutz-,
 Führungs- und Haltedalben
 Bau und Technische Bearbeitung des landseitigen
 Auflagers der Zugangsbrücke
 Bau einer kiesbefestigten Zuwegung zum Anleger
 (ca. 100 m²)
- g) Entfällt
- h) Fachlos 1: Zuwegung zum Anleger inkl. Zaunanlage
 Fachlos 2: Landseitiges Brückenaufleger und wasser-
 seitige Dalben
 Fachlos 3: Zugangsbrücke
 Fachlos 4: Ponton
 Angebote können abgegeben werden für ein oder meh-
 rere Lose.
- i) Beginn: 12 Werktage nach Zuschlagserteilung
 Ende: 30. November 2012
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen,
 sowie Einsichtnahme:
 vom 25. April 2012 bis 11. Mai 2012,
 montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
 Anschrift:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 ZVA, Zimmer E 228,
 Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
 Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 18,- Euro
 Erstattung: Nein
 Zahlungsweise: Banküberweisung
 Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
 Empfänger:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,
 Geldinstitut: Postbank Hamburg
 Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der
 Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und
 Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungs-
 schreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 15. Mai 2012, 10.30 Uhr,
 eingereicht werden.
- o) Anschrift:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E231,
 Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 15. Mai
 2012, 10.30 Uhr.
 Anschrift siehe Buchstabe o).
 Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft
 mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leis-
 tungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen An-
 gaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Ver-
 langen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle
 Nachunternehmer beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 22. Juni 2012.
- w) Beschwerdestelle:
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
 Geschäftsführer (GF),
 Sachsenkamp 1-3, 20097 Hamburg,
 Telefax: 040 / 4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 24. April 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

413

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
 Zentrale Vergabestelle K5,
 Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
 Telefon: 040 / 4 28 26 - 26 31
 Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88
 E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
 Angebote sind zu richten an:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Eröffnungsstelle – Zentrale Vergabeaufsicht –,
 Zimmer E 231, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- b) Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 VOL/A
 Vergabenummer: **ÖA-K5-166/12**
- c) Lieferung von zwei Lkw-Ladekränen auf Abrollkip-
 behältern für vorhandene Dreiachs-Lkw's der Auto-
 bahndirektion Stillhorn und Othmarschen.
 Lieferort: Autobahndirektion Stillhorn,
 Altenfelder Weg 25, 21109 Hamburg
- d) Aufteilung in Lose: Nein
- e) Ausführungsfrist: Ende: 15. November 2012
- f) Anforderung der Vergabeunterlagen:
 Vom 23. April 2012 bis 21. Mai 2012,
 montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
 Anschrift:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E 228,
 Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
 Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54
- g) Einsicht der Verdingungsunterlagen: siehe Buchstabe f)
- h) Kostenbeitrag für die Verdingungsunterlagen
 Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro
 Erstattung: Nein
 Zahlungsweise: Banküberweisung
 Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
 Empfänger:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,
 Geldinstitut: Postbank Hamburg
 Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der
 Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und
 Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungs-
 schreiben an die Anschrift Buchstabe f) schicken.
- i) Ende der Angebotsfrist: 24. Mai 2012, 9.30 Uhr
- l) Zahlungsbedingungen gemäß § 17 VOL/B

- m) Geforderte Eignungsnachweise:
- Von in- und ausländischen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben.
 - Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen, von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. Vorlage nach Aufforderung. Die Auskunft darf nicht älter als drei Monate sein.
- n) Die Bindefrist endet am: 13. Juli 2012
- o) Der Bewerber unterliegt mit der Abgabe seines Angebots den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 19 VOL/A).

Hamburg, den 20. April 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

414

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg, Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Zentrale Vergabestelle K5, Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 99, Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88
Angebote sind zu richten an:
Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Eröffnungsstelle – Zentrale Vergabeaufsicht – Zimmer E 231, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- b) Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 VOL/A
Vergabenummer: **ÖA-K5-170/12**
- c) Lieferung von 4 Absperranhängern Zeichen 616-10 mit Funkfernbedienung und Funkwarnsystem.
Lieferort: Autobahnmeisterei Stillhorn, Altenfelder Weg 25, 21109 Hamburg
- d) Aufteilung in Lose: Nein
- e) Ausführungsfrist: Ende: 15. November 2012
- f) Anforderung der Vergabeunterlagen:
Vom 27. April 2012 bis 25. Mai 2012, montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E 228, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg, Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54
- g) Einsicht der Verdingungsunterlagen: siehe Buchstabe f)
- h) Kostenbeitrag für die Verdingungsunterlagen
Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20, Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungs-

schreiben an die Anschrift Buchstabe f) schicken.

- i) Ende der Angebotsfrist: 31. Mai 2012, 11.15 Uhr
- l) Zahlungsbedingungen gemäß § 17 VOL/B
- m) Geforderte Eignungsnachweise:
- Von in- und ausländischen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben.
 - Die Vergabestelle wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. anfordern lassen, von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. Vorlage nach Aufforderung. Die Auskunft darf nicht älter als drei Monate sein.
- n) Die Bindefrist endet am: 20. Juli 2012
- o) Der Bewerber unterliegt mit der Abgabe seines Angebots den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 19 VOL/A).

Hamburg, den 25. April 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

415

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Zentrale Vergabestelle K5, Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 94, Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung, GI Kreuzung Bergedorfer Straße/Vierlandenstraße und Neubau Bushaltestelle vor dem alten CCB.
- e) Hamburg-Bergedorf
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-172/12**
Wesentliche Leistungen:
Provisorische Fahrbahn herstellen 601 m², Grundinstandsetzung der Fahrbahn (Vollausbau Asphalttragschicht 4252 m²) einschließlich Nebenflächen im gesamten Knoten Bergedorfer Straße/Vierlandenstraße, Herstellung Bushaltestelle am Fahrbahnrand, Betonbauweise, Neubau Straßenwasserbehandlungsanlage und Erneuerung Entwässerungsanlagen.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: Ende Juli 2012
Ende: Oktober 2012
- j) Nebenangebote sind zugelassen außer Straßenwasserbehandlungsanlage.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:
vom 2. Mai 2012 bis 16. Mai 2012, montags bis freitags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, R-ZVA, Zimmer E 228, Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg, Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54

- l) Höhe des Kostenbeitrages: 22,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 22. Mai 2012, 9.30 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 22. Mai 2012, 9.30 Uhr.
Anschrift siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 29. Juni 2012.
- w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenkamp 1-3, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 26. April 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

416

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wissenschaft und Forschung,
vertreten durch die
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Brandschutz und Dämmung
- e) UNI Hamburg, Fachbereich Chemie,
Gebäude: VG II, V. und VI. Obergeschoss,
Grindelallee 117, 20146 Hamburg

- f) Vergabenummer **ÖA – BSU/HSB 19/12**
Im Gebäude Verfügungsgebäude II, der Universität Hamburg, Fachbereich Chemie werden die Geschossflächen im V. und VI. Obergeschoss grundsaniert. Die Flächen werden als Labor- und Büroflächen hergerichtet. Die Arbeiten erfolgen bei laufendem Gebäudebetrieb. Im Gewerk Brandschutz werden im Wesentlichen ca. 900 m Wärmedämmung für TWW und Heizungsanlagen installiert. Die Dimensionen betragen DN 15 bis DN 80. Für das Gewerk Starkstrom sind ca. 20 m E-Trasse als E-30 Trasse zu verkleiden. Im Bereich baulicher Brandschutz werden ca. 600 m² F90 Schachtverkleidungen errichtet. In diesen Verkleidungen werden ca. 400 Ausschnitte für Medienleitungen vorgesehen. Zusätzlich sind Brandschutzklappen an Leichtbauwände anzuarbeiten und Brandschutzdurchführungen für nicht brennbare Leitungen zu liefern und zu montieren.
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn 1. Bauabschnitt: ca. April 2013
Beginn 2. Bauabschnitt: ca. Oktober 2014
Ende 1. Bauabschnitt: ca. August 2013
Ende 2. Bauabschnitt: ca. Februar 2015
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:
vom 2. Mai 2012 bis 18. Mai 2012, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a)
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 31,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: ausschließlich Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank
Verwendungszweck:
Referenz: 4040600000004 (ÖA – 19/12)
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 30. Mai 2012, 10.00 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebotskennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 30. Mai 2012, 10.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 29. August 2012.
- w) Beschwerdestelle:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Amtsleiter – ABH 0,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
Hamburg, den 25. April 2012
Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
-
- 417
- Öffentliche Ausschreibung**
- a) Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)
Amt für Umweltschutz, U26,
Billstraße 84, 20539 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 45 - 35 33, Telefax: 040/4 28 45 - 35 72
E-Mail: Ulrich.Nickel@bsu.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Ausführung von Bauleistungen, Bodenaustausch
- e) Hamburg-Moorfleet, Brennerhof
- f) Vergabenummer: **ÖA-U2-136/12**
– Aushub von ca. 30.000 m³ Boden
– Transport und Entsorgung von ca. 23.000 t Aushubmaterial > LAGA Z2
– Entsorgung von ca. 3.000 t Bauschutt
– Sieben von ca. 15.000 m³ Aushub und Wiedereinbau mit Bindemittelzugabe
– Lieferung und Einbau von ca. 10.000 m³ Füllboden
– Wasserhaltung, Kampfmitteluntersuchungen
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: August 2012
Ende: Februar 2013
- j) Nebenangebote sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:
Vom 7. Mai 2012 bis 23. Mai 2012,
montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E228
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
Telefax: 040/4 28 40 - 25 54
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 25,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg,
Verwendungszweck: ÖA-U2-136/12
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift unter Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 23. Mai 2012, 9.30 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA), Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 23. Mai 2012, 9.30 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o), Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen. Siehe Vergabeunterlagen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 31. August 2012
- w) Beschwerdestelle:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Leiter des Amtes für Umweltschutz,
Billstraße 84, 20539 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 45 - 22 24

Hamburg, den 25. April 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

418

**Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Fristverlängerung

Für den Öffentlichen Teilnahmewettbewerb zum Verfahren **SBH ÖT 04/2012 B Landschaftsbauarbeiten Instandsetzungen** wird die Frist zur Einreichung von Teilnahmeanträgen verlängert von Mittwoch, den 2. Mai 2012 um 13.00 Uhr auf **Freitag, den 11. Mai 2012 um 13.00 Uhr.**

Hamburg, den 26. April 2012

Die Finanzbehörde

419

Öffentliche Ausschreibung

Die Universität Hamburg beabsichtigt einen **Rahmenvertrag abzuschließen über die Vermittlung von Studierenden und deren Einsatz innerhalb der Universität**, offen nach VOL aus. Bewerber melden sich bitte schriftlich bis zum 10. Mai 2012 bei: Universität Hamburg, Referat 74 Ausschreibungs- und Einkaufsdienste, Moorweidenstraße 18, 20148 Hamburg. Auskünfte erteilt Herr Jeschke. E-Mail: Einkaufsdienste@verw.uni-hamburg.de

Hamburg, den 11. April 2012

Universität Hamburg

420

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsvolle Versteigerung

71 m K 63/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Alsterdorfer Straße 356 belegene, im Grundbuch von Alsterdorf Blatt 2192 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 500/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 3223 m² großen Flurstück 335, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, dem Keller- und dem Kfz-Stellplatz in der Tiefgarage, jeweils bezeichnet mit Nummer 17, durch das Gericht versteigert werden.

2-Zimmer-Wohnung (offene Küche, Bad, Flur, Garderobe, Abstellkammer) mit Kamin und kleiner Loggia im Dachgeschoss links, Wohnfläche etwa 57,34 m²; Baujahr etwa 1984, Gaszentralheizung. Zur Zeit der Begutachtung bis zum 31. Dezember 2020 fest vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 84 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 3. Juli 2012, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsvolle Versteigerungsvermerk ist am 14. Juli 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungs- und Teileigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 4. Mai 2012

Das Amtsgericht, Abt. 71
421

Zwangsvolle Versteigerung

802 K 48/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Eckerkamp 123 belegene, im Grundbuch von Wellingsbüttel Blatt 5100 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 2093/10 000 Miteigentumsanteilen an den 1328 m² großen Flurstück 889, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nummer 4 bezeichneten Wohnung, Kellerräumen und Balkon und der mit Nummer 4 bezeichneten Souterrainwohnung, durch das Gericht versteigert werden.

Die zurzeit leerstehende Wohnung befindet sich im I. Obergeschoss eines zweigeschossigen Mehrfamilienwohnhauses mit 6 Wohneinheiten, Baujahr etwa 1959. Die Wohn- und Nutzfläche von etwa 94 m² verteilt sich auf 3 Zimmer, Küche und Bad, Diele, Gäste-WC mit Balkon und Keller. Zum Wohnungseigentum gehören außerdem etwa 58 m² Flächen im Souterrain bestehend aus Diele, 2 Zimmer, Küche und Bad mit WC. Durch einen Feuchtigkeitsschaden sind die Räume im Souterrain renovierungs- bzw. erneuerungsbedürftig. Es besteht ein Sondernutzungsrecht an einer Garage.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 228 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 4. Juli 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005 (Erdgeschoss links).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsvolle Versteigerungsvermerk ist am 18. August 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 4. Mai 2012

Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek

Abteilung 802

422

Zwangsvolle Versteigerung

717 K 28/11 (717 K 29/11). Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Gleiwitzer Bogen 1, 5/9, Barsbütteler Straße 24/38, Ratiborweg belegene, im Grundbuch von Jenfeld Blatt 4704, 4953 eingetragene Wohnungs- und Teileigentum, bestehend aus a) 485/100 000 Miteigentumsanteilen und b) 50/100.000 an den 20 560 m² großen Flurstücken 1966, 1967, verbunden mit dem Sondereigentum an a) der Wohnung (Nummer 34 des Aufteilungsplanes) und b) dem Garagenstellplatz (Nummer 283 des Aufteilungsplanes), durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich um eine vermietete 3-Zimmer-Wohnung, etwa 71,20 m², im III. Obergeschoss einer etwa 1970 errichteten Wohnhausanlage. Fernwärmezentralheizung. Warmwasserversorgung erfolgt über Heizung.

Die Nutzung der Wohnung erfolgt durch einen Mieter. Wohngeld 231,00 Euro/Monat für die Wohnung und 10,00 Euro/Monat für den Stellplatz.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 59 000,- Euro, 52 000,- Euro für das Wohnungseigentum, 7 000,- Euro für das Teileigentum (Tiefgaragenstellplatz).

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 26. Juni 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist jeweils am 12. Oktober 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 4. Mai 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717 423

Zwangsversteigerung

– Berichtigung –

717 K 67/09 (717 K 68/09). Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in

Hamburg, Ziehrerweg 30, 32 belegene, im Grundbuch von Meiendorf Blatt 4658 bzw. 4668 eingetragene Wohnungs- und Teileigentum, bestehend aus 1032/10 000 und 45/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 1319 m² großen Flurstück 648, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nummer 8 bezeichnet und dem Tiefgaragenstellplatz Nummer 8 b, durch das Gericht versteigert werden. Die Anordnung des Verfahrens erfolgte u. a. wegen des Anspruchs auf Veräußerung gemäß §§ 18, 19 WEG.

Es handelt sich um eine vermietete 3,5-Zimmer-Wohnung mit der postalischen Anschrift Ziehrerweg 32, etwa 104,55 m² im Obergeschoss eines 1971 errichteten zweigeschossigen Mehrfamilienhauses mit Staffelgeschoss. Gaszentralheizung. Warmwasserversorgung erfolgt zentral über die Heizungsanlage. Ferner handelt es sich um einen Stellplatz in der Tiefgarage. Wohngeld 356,- Euro/Monat, ein Mietvertrag liegt dem Gericht nicht vor.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 135 500,- Euro Gesamtverkehrswert, 130 000,- Euro Wohnungseigentum, 5500,- Euro Tiefgaragenstellplatz.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 12. Juni 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten

kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 20. Oktober 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 4. Mai 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717 424

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
in der Helmholtz Gemeinschaft

Postanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland

Telefon: +49/40/8998-2480

Telefax: +49/40/8998-4009

Zu Händen von: Frau Dietsch

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:

<http://www.desy.de>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers:

Sonstige: Öffentlich geförderte Stiftung privaten Rechts

I.3) Haupttätigkeit(en)

Sonstige: Forschung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Lieferung Elektrischer Energie ohne Netznutzung für den Zeitraum 2013 und 2014, reiner Stromliefervertrag für die Standorte Hamburg und Zeuthen.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
Lieferauftrag
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Hamburg
NUTS-Code DE6
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Lieferung von elektrischer Energie, ohne Netznutzung, für die Jahre 2013 und 2014, für die DESY Standorte Hamburg und Zeuthen, reiner Stromliefervertrag.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
Hauptgegenstand: 65310000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Für Hamburg in 2013 ca. 150 GWh
Für Hamburg in 2014 ca. 186 GWh bei 2 Abnahmestellen:
Übergabepunkt 10 kv Kompaktstation Notkestraße 31, 110 kv Kabelendverschluß.
Für Zeuthen in 2013 ca. 6,6 GWh
Für Zeuthen in 2014 ca. 6,6 GWh bei 1 Abnahmestation: Übergabepunkt 20 kv Kabelendverschluß Platanenallee 6 in Zeuthen.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: Entfällt
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Siehe Verdingungsunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Arbeitsgemeinschaften haben Ihre Mitglieder und einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Handelregister- oder Berufsauszug
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Bieter sind aufgefordert eine Erklärung nach VOL/A § 7EG (7) abzugeben.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Referenznachweis über mindestens 5 Kunden im Bereich Sonderkunden. Mit Angaben der Liefermenge und Zeitraum aus den letzten 3 Kalenderjahren. Auflistung in einer Anlage kurz und prägnant zusammengefasst. Darüber hinausgehende Unterlagen sind nicht erwünscht.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
EO005-12
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Ja
Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABl:
2011/S 240-389182 vom 14. Dezember 2011
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
8. Mai 2012, 9.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
21. Mai 2012, 9.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 18. Juni 2012
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 18. Juni 2012
Ort: DESY Hamburg, Gebäude 11
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegt der Nachprüfung durch die Vergabekammer gemäß §§ 104 FF GWB. Sie müssen alle festgestellten Vergabeverstöße unverzüglich schriftlich bei der Vergabestelle rügen. Sofern der Rüge nicht abge-

holfen wird, muss innerhalb von 15 Tagen nach Zugang der diesbezüglichen Mitteilung ein Nachprüfungsantrag gemäß §§ 107, 108 GWB bei der Vergabekammer des Bundes gestellt werden.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
24. April 2012

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Lieferung Elektrischer Energie ohne Netznutzung für den Zeitraum 2013 und 2014, reiner Stromliefervertrag für die Standorte Hamburg und Zeuthen.

Los-Nr. 1 Bezeichnung: Lieferung elektrischer Energie für den DESY Standort Hamburg, reiner Stromliefervertrag

1. **Kurze Beschreibung:**
Lieferung elektrischer Energie für den DESY Standort Hamburg, reiner Stromliefervertrag, für den Zeitraum 1.1.2013 bis einschl. 31.12. 2014
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 65310000
3. **Menge oder Umfang:**
Bedarf 2013 ca. 150 GWh
Bedarf 2014 ca. 186 GWh
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Beginn: 1. Januar 2013
Abschluss: 31. Dezember 2014
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2 Bezeichnung: Lieferung von elektrischer Energie für den Standort Zeuthen, reiner Stromliefervertrag, für die Jahre 2013 und 2014

1. **Kurze Beschreibung:**
Lieferung von elektrischer Energie, für den DESY Standort Zeuthen, reiner Stromliefervertrag, für den Zeitraum vom 1.1. 2013 bis einschl. 31.12. 2014
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 65310000
3. **Menge oder Umfang:**
Bedarf 2013 ca. 6,6 GWh
Bedarf 2014 ca. 6,6 GWh
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Beginn: 1. Januar 2013
Abschluss: 31. Dezember 2014
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 24. April 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A**

DESY-Ausschreibungsnummer: C2011-12

- a) **Auftraggeber:**
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
- b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung nach VOB Teil A (§ 3 Absatz 1)
- c) **Elektronische Auftragsvergabe:**
Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.
- d) **Art des Auftrags:**
Einheitspreisvertrag
- e) **Ort der Ausführung:**
Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg
- f) **Art und Umfang der Leistung:**
Sanierung Infrastruktur – Rück- und Neubau zweier Förderbrunnen. Die neuen Brunnen sind im Bohrdurchmesser 800 mm bis 32 m bzw. 40 m und GOK herzustellen. Ausbau der Brunnen im Durchmesser DN300.
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** entfällt
- h) **Losweise Vergabe:** entfällt
- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
Mit der Ausführung ist zu beginnen: innerhalb von 12 Tagen nach Aufforderung. Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen): 50. Kalenderwoche 2012.
- j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote** ohne gleichzeitige Abgabe eines Hauptangebotes finden keine Wertung. Nebenangebote müssen den in dem jeweils relevanten Abschnitt der Leistungsbeschreibung sowie einschlägigen technischen Normen niedergelegten technischen Mindestanforderungen qualitativ und quantitativ entsprechen. Hierfür trägt der Bieter die Darlegungslast und hat dies mit dem Angebot nachzuweisen.
- k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2011-12:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009,
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
- l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** entfällt
- m) **Bei Teilnahmeantrag:**
Anträge auf Teilnahme können bis zum 10. Mai 2012 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 11. Mai 2012 versendet.
- n) **Frist für den Eingang der Angebote:**
Bis Freitag, den 1. Juni 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
- o) **Anschrift:**
Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung
C2011-12
Angebotstermin 1. Juni 2012, Uhrzeit 10.00 Uhr
per Briefpost/Boten zu richten an:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Briefpost:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.
- p) **Sprache:**
Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) **Eröffnung:**
Freitag, den 1. Juni 2012 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
Bieter oder ihre Bevollmächtigte können bei der Eröffnung anwesend sein.
- r) **Geforderte Sicherheiten:**
Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- s) **Zahlungsbedingungen:**
Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**
Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**
Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugeerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.
Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuchs Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.
Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.
- v) **Zuschlagsfrist:** 29. Juni 2012

w) Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 24. April 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 426

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)**

DESY Ausschreibungsnummer: C2030-12

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung (§ 3 Abs. 1 VOL/A)

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit folgender Kennzeichnung:

**„Öffentliche Ausschreibung
DESY C2030-12,
Angebotstermin 25. Juni 2012“**

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg**

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Für eine vorhandene HVDC-Versorgungsanlage (50 kV/12 A) mit einer Inverter-Erweiterung auszurüsten. Die vorhandenen netzgeführten Thyristorstromrichter im AC-Zwischenkreis sollen durch DC-gekoppelte AFE-Inverter-Einheiten ersetzt werden. Im DC-Link Zwischenkreis ist die Energiepufferung für gepulsten Laststrom vorzusehen.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: entfällt**f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten: entfällt****g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:**

Liefertermin: kürzest möglich, spätestens Dezember 2012

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Frau Dietsch/Frau Grantz
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 18. Mai 2012 angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **25. Juni 2012**
Ablauf der Bindefrist: **31. Juli 2012**

j) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen**k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**

Die Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Technische Beschreibung gem. Punkt 9 der Spezifikation.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) Vervielfältigungskosten: entfällt**n) Zuschlagskriterien:**

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen. Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 26. April 2012

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 427